

## Inhalt

Januar/Februar 2008

Vorwort, Protokoll der Dezember-Mitgliederversammlung	2
Termine	3
Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	4
Protest gegen den EnBW Truck	5
Steigende Strompreise, günstiger Ökostrom ?	6
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Neue Initiativen, Armut in Karlsruhe	7
• Grüne Fraktion im Regionalverband, radfreundliche Geschäfte	8
Aus der Landtagsfraktion:	
• Rückblick auf 2007	9
• Jungs als Bildungsverlierer, Fraktionsklausur	10
• Pressemitteilungen und Initiativen	11
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Berlin-Fahrten, Kinderkrebs-Studie	12
• Wiederaufarbeitungsanlage, Mülltourismus Neapel, Gorleben	13
• Ressourcenverschwendung, Vorratsdatenspeicherung	14
• Abfall- und Ressourcenkonzept, 50 Jahre kommerz. Atomkraftnutzung	15
Kontakte	16

Liebe Freundinnen und Freunde,  
dieser Tage haben wir von der Landesgeschäftsstelle die erste Benachrichtigung zum „Super“wahljahr 2009 bekommen. Im Juni 2009 erwarten uns die Europa- und Kommunalwahlen und zwischen dem 20.9 und dem 18.10.2009 die Bundestagswahl. Es erwartet uns damit ein dreiviertel Jahr permanenter Wahlkampf – sozusagen.

Dass die Wahlkampfzeiten nicht unbedingt dazu beitragen, dass Politik (und Politiker) in der Bevölkerung als positiver Bestandteil der gesellschaftlichen Willensbildung wahrgenommen werden, zeigt der aktuelle Wahlkampf in Hessen. Natürlich zeigt Roland Koch mit dem Finger auf ein wichtiges, gesellschaftspolitisches Thema, aber so wie er das tut, wird mir immer wieder klar, warum für mich Koalitionen mit der CDU undenkbar sind. Denn es ist ja nicht nur der Koch, der da poltert - die von vielen als gemäßigt betrachtete Kanzlerin (und CDU-Vorsitzende) Merkel stärkt ihm den Rücken, deckt seine Argumentationen. Und bei den derzeitigen Avancen des Hamburgers van Beust sollte man immer im Auge haben, wer sein erster Koalitions-

partner war – Ronald Schill, der ja ähnliche Meinungen wie Roland Koch vertrat – nicht nur in Bezug auf gewalttätige Jugendliche (Stichwort: Richter Gnadenlos) sondern auch in der Migrantenpolitik.

Gewalt bleibt ein gesellschaftliches Dauerbrennerthema auf vielfältige Art und Weise und wir sollten nicht aufhören, darauf hinzuweisen, dass wir die Ursachen dieser Gewalt bekämpfen müssen, nicht nur diejenigen, die Gewalt ausüben, bestrafen. So wäre es wünschenswert, dass wir endlich, über die notwendigen, derzeit benannten Maßnahmen hinaus, auf allen politischen Ebenen das von rot-grün verabschiedete Gesetz zur gewaltfreien Erziehung bekannter zu machen und den permanenten Rechtsbruch durch prügelnde Eltern benennen. Denn Kinder, die Gewalt durch ihre Eltern als probates Mittel der Auseinandersetzung erleben und kennen, werden im Zweifel eher Gewalt als Lösung anwenden als solche, denen es nicht so ergangen ist.

Die Wahlen werfen auch konkrete Schatten voraus: Schon im Herbst werden auf der Landesdelegiertenkonferenz die Listen für Bundestags- und Europawahl erstellt werden. Das

politische Leben ist schnell und so werden in den kommenden Monaten auch zunehmend wieder europapolitische Themen in den Fokus rücken. Wir alle wissen, dass Europa einen größeren Einfluss auf unser Leben und die Gesetzgebung hat, als wir im Allgemeinen wahrnehmen. Diese politische Bildung ein Stück voranzubringen, ist für uns als BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN, als bisher einzige Partei, die eine gesamteuropäische Organisation hat, eine der Aufgaben in den kommenden 1,5 Jahren bis zur Wahl und gleichzeitig eine Chance, unsere Politik für Europa wieder transparenter zu machen. Dies bietet insbesondere die Möglichkeit, breit über Themen wie grüne Gentechnik, Landes- und Naturschutz, VerbraucherInnenrechte und vieles mehr zu debattieren, das in der EU beschlossen und im Land umgesetzt wird. Ein erster Schritt dazu kann der vom Landesvorstand und der LAG Ökologie am 26. Januar in Stuttgart stattfindende Kongress zur Biomasse sein – für den ich hier ausdrücklich werben möchte.

(Mehr unter [www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de))

Für den Vorstand

*Jörg Rupp*

## **Protokoll der KMV am 12.12.2007, Festhalle Durlach**

### **TOP1: Gisela Splett: Entwicklungspolitik auf Landesebene**

Gisela ist zuständig für das Thema in der Fraktion. Auf BW-Ebene gibt es fast keine Entwicklungspolitik, dafür Außenhandelsförderung. Die Förderung ausländischer Studenten konzentriert sich in Richtung VRChina, Indien u. ä. Es gibt eine Länderpartnerschaft mit Burundi, die derzeit auf Eis liegt. Gisela versucht dies derzeit mit einer Initiative wieder zu beleben. Minister Stächele will 2008 nach Burundi fahren. Darüber hat sie Anfragen zur Lage der Menschenrechte in den Partnerregionen des Landes gestellt. Gisela gibt mit ihrem Vortrag einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Themengebiete auf Landesebene.

### **TOP2: Grabsteine ohne Kinderarbeit**

Michael berichtet über die Initiative der Fraktion im GR zum Thema

Grabsteine, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit produziert werden. Im zuständigen Ausschuss wird derzeit über eine Satzungsänderung dahingehend beraten, dass auf den Karlsruher Friedhöfen keine solchen Grabsteine mehr verwendet werden dürfen.

Bettina ergänzt den Bericht von Michael.

### **TOP3: Kohlekraftwerk ENBW**

Sabine und Christian berichten über den Infostand zum ENBW-Truck und vom Erörterungstermin zum Kohlekraftwerk ENBW. Bettina berichtet darüber hinaus dazu aus dem Gemeinderat. Gisela ergänzt dazu in Bezug auf die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens. Debatte, ob die Partei ein Bürgerbegehren unterstützen soll.

Antrag: Bürgerbegehren unterstützen, wenn das Klimabündnis ein entsprechendes Vorgehen unterstützt.  
Ergebnis: 14 JA, 1 Enthaltung

### **TOP4: Finanzantrag**

Finanzantrag von Anke für die Energieveranstaltung: 350,00 € - einstimmig angenommen

### **TOP5: Bericht von der BDK**

erfolgt angesichts der fortgeschrittenen Stunde schriftlich im Rundbrief (lag bei Redaktionsschluss nicht vor)

### **TOP6 Mitgliederverwaltung mit Sherpa**

erfolgt angesichts der fortgeschrittenen Stunde in der Januar-MV

### **TOP7 Kraftwerk Stora Enso**

Istvan berichtet von der wasserrechtlichen Anhörung dazu.

## Arbeitskreis Frauen

Themen:

aktueller Bericht frauenpolitischer Aktivitäten im Land; Planung 8. März: internationaler Frauentag; Frauencoachingprogramm des Landesverbandes; Frauenpolitische Abgeordnetenfahrt mit Sylvia Kotting-Uhl im Juni/Juli (Ulrike Maier)

Diskussion über Gründung eines Frauenparlaments in Karlsruhe (Doro Polle Holl)

am 06.02. 19:00h (vor der Mitgliederversammlung) im Viktoriagarten

Jeden 2. Mittwoch im Monat um 20:00 im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7, diesmal am ersten Mittwoch

### Mitgliederversammlung ist am Mittwoch, 06.02. um 20 Uhr

Tagesordnung:

- "Politischer Aschermittwoch" - Bericht aus Berlin mit Sylvia Kotting-Uhl, MdB
- Wahl der KassenprüferInnen
- allgemeine politische Debatte

Karlsruher Friedensinitiativen laden anlässlich des 60. Todestags von Mahatma Gandhi ein

### Das Erbe Gandhis

**Kolonialismus und Antikolonialismus bei der indischen Unabhängigkeitsbewegung**

Referent : Lou Marin, Marseille (Frankreich)

Montag, 11.02. 19.30 Uhr - Ruppurrerstr. 72 (Evangelisches Dekanatszentrum), Karlsruhe

DFG-VK und GEW laden anlässlich des 75. Jahrestags der Errichtung der Nazi-Diktatur ein

### Der Reichstagsbrand – Vorwand für den Terror

Referent : Dr. Alexander Bahar, Historiker

Donnerstag, 14.02. 19.30 Uhr - Ettlinger Str. 3a (DGB-Haus), Karlsruhe

Die Grüne Regionalverbandsfraktion Mittlerer Oberrhein, das Grüne Regionalbüro Karlsruhe sowie die angeschlossenen Kreisverbände KA-Land, KA-Stadt, Ettlingen, RA und BAD laden ein

### Energiekonzepte jenseits von Atom und Kohle

Vorträge und Diskussionen von und mit

Dr. Joachim Nitsch (Verfasser der Leitstudie "**Ausbaustrategie Erneuerbare Energien**" 2007)

Andreas Düser - angefragt (**Enercon, Kombikraftwerk**)

VertreterInnen der **Stadtwerke Karlsruhe, Ettlingen und Rastatt**

VertreterIn der **Grünen Regionalverbandsfraktion**

Samstag, 23.2. 15 - 19 Uhr, DGB-Haus, Ettlinger Str. 3a (Haltestelle Ettlinger Tor/Staatstheater), KA

### Die März-MV ist am Mittwoch, 05.03. um 20 Uhr (also am ersten Mittwoch)

Tagesordnung:

- (wird nachgereicht)

# Protokoll der Mitgliederversammlung vom 09.01.2008

Leitung: Jörg Rupp

Protokoll: Christian Schmid-Schönbein

- Vortrag: Klimapolitik und Ressourcengerechtigkeit von Fritz Andres (begleitet von Ludwig Paul Häußner)
- Urabstimmungsinitiative der Grünen Jugend Ba-Wü zur Trennung von Amt und Mandat

Die Mitgliederversammlung stand neben der kurzen Debatte über den Antrag der Grünen Jugend (siehe unten) im Licht des Vortrages zur Klimapolitik und Ressourcengerechtigkeit.

Fritz Andres stellte einen sehr theoretischen Ansatz vor, der durch geschickte Ressourcenverteilung sowohl Übernutzung von Ressourcen verhindert als auch Ungleichverteilungen in der Gesellschaft reduziert. Der Ansatz ist so generell, dass er sich auf alle verteilbaren Güter anwenden lässt, wie z.B. Boden, CO<sub>2</sub>-Ausstoß-Rechte, Wasserverbrauch, Luftverschmutzung, Lärm, landwirtschaftliche Nutzung, Eintrag von Düngemitteln, etc....

Ein Beispiel war die Zuteilung von Emissionszertifikaten. Fritz Andres geht hier viel weiter als die gültige

Emissionshandelsrichtlinie. Er plädiert dafür, dass den Bürgern die Gewinne der Zertifikatsverkäufe zufallen – die Gesamtkosten würden für die Bürger im Durchschnitt und insbesondere für ärmere Menschen nicht steigen, die Gesellschaft würde genauso nach der klimaschonendsten Lösung suchen und die Akzeptanz für eine solche Richtlinie wäre weit größer. Besonderes griffig wurde die Theorie durch die leichte Übertragbarkeit und Erweiterbarkeit. Man kann das Modell sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene anwenden. Die Skalierung in den globalen Maßstab würde zusätzlich das internationale Wohlstandsgefälle abbauen.

Weiterhin wurde von der Idee erzählt, dass man nicht den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reglementiert, sondern die Einfuhr und den Abbau von Kohlenstoff aus nicht erneuerbaren Quellen begrenzt. Dadurch erübrigen sich aufwändige Besteuerungen von verschiedenen Kraftwerkstypen und auch Kleinemittenten wären angehalten CO<sub>2</sub> einzusparen.

Eine weitere Idee war, die Bodennutzung durch eine je nach Nutzungsart unterschiedlich hohe Steuer zu belasten (Erbbauszins). Man könnte eine „Nichtnutzung“ hoch besteuern, was Wohnungen und Flächen als

Spekulationsobjekte reduziert. Eine Besteuerung nach Nutzung würde Kapitalanhäufungen in Form von Bodenkapital reduzieren, da schlecht genutzte Objekte finanziell schneller unrentabel werden, wenn man nicht für jedes Objekt die besten Nutzungsarten hat.

Viele dieser Punkte waren bei den Anwesenden, die schon länger politisch aktiv sind, in der einen oder anderen Form bekannt und die schwierige Umsetzbarkeit erzeugte so auch hier und da ein Schmunzeln. Dennoch äußerten sich die befragten sehr erfreut über das erfrischend Visionäre des Vortrages.

## 2. Urabstimmungsinitiative der Grünen Jugend Ba-Wü zur Trennung von Amt und Mandat

Die Mitgliederversammlung stimmt für die Urabstimmungsinitiative der Grünen Jugend für die Trennung von Amt und Mandat. Per Handzeichen stimmten 12 Mitglieder dafür, vier Enthaltungen, eine Stimme dagegen.

Link zu einem Papier zum Vortrag:

[www.iep.uni-karlsruhe.de/download/Klimawandel\\_als\\_Chance\\_fuer\\_Bewusstseinswandel\\_2007\\_12\\_14.pdf](http://www.iep.uni-karlsruhe.de/download/Klimawandel_als_Chance_fuer_Bewusstseinswandel_2007_12_14.pdf)

## Antrag zur Trennung von Amt und Mandat

Die KMV möge beschließen:

Der Kreisverband Karlsruhe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützt die Urabstimmungsinitiative der Grünen Jugend zur Trennung von Amt und Mandat.

Begründung:

Im März 2007 wurde seitens des KV Freiburg eine Urabstimmungsinitiative zur Änderung der Trennung von Amt und Mandat gestartet. Begründet wurde dies seitens der Initiatoren damit, dass im Rahmen der Urabstimmung zur Trennung von Amt und Mandat auf Bundesebene sich ca. 70% der Mitglieder in BW für eine

Aufhebung auch im Landesverband ausgesprochen haben. Das Ziel der Initiative des KV Freiburg ist die völlige Aufhebung der Trennung im geschäftsführenden Landesvorstand, die 50%-Regelung wird auf den gesamten Landesvorstand ausgeweitet (maximal die Hälfte der Mitglieder dürfen Mandatsträger sein). Einzige Einschränkung der Freiburger sind Fraktionsvorsitzende in den Parlamenten, diese sollen lt. dieser Initiative nicht Mitglied des GLV (geschäftsführender Landesvorstand) sein.

Demgegenüber steht die Initiative der GJ, die die bisherige Trennung beim GLV beibehalten möchte und darüber hinaus die Mandatsträger im

Parteirat auf je einen Parlamentarier pro Parlament (Landes-, Bundes- und Europaparlament) beschränken möchte. Damit wären im Landesvorstand nur noch maximal 3 Mandatsträger. Die Initiative der GJ ist somit die demokratischere, da sie einen tragfähigen Kompromiss zwischen dem Willen, die Erfahrung der Parlamentarier und die notwendige Vernetzung nicht missen lässt, gleichzeitig aber dem politischen Personal „aus der zweiten Reihe“ ausreichend Chancen bietet, sich im Vorstand verantwortungsvoll einzubringen.

Daher unterstützt der KV Karlsruhe die Initiative der Grünen Jugend.

# Protest gegen den EnBW Truck am 4.12. und 23.12.

## Info-Stände des Aktionsbündnis Saubere Luft Region Karlsruhe

Nachdem in 2007 bereits viele Aktionen gegen das Kohlekraftwerk stattgefunden hatten, haben wir unseren Protest im Dezember jeweils mit Infoständen gegenüber dem "Energytruck" der EnBW zum Ausdruck gebracht. Der Truck tourte durchs Ländle und hatte auf jeder Station ein Geschenk für die Kinder dabei, z.B. ein Bauwagen für einen Kindergarten. Unser Versuch am 4.12. den Truck zu "entern", wurde uns nur unter der Bedingung gestattet, unsere Protesttransparente draußen zu lassen. Es war den VeranstalterInnen auch gar nicht recht, dass so viele AktivistInnen des Aktionsbündnis die Resolution der Karlsruher KinderärztInnen an die zahlreich anwesenden Eltern kleiner Kindern verteilten, die diese auch sehr interessiert lasen.

Am 23.12. hatte sich der EnBW Energytruck am Marktplatz positioniert und wir hatten uns direkt gegenüber aufgebaut, ebenfalls anwesend waren VertreterInnen der Bürgerinitiative "das bessere Müllkonzept" und außer uns Grünen andere Aktive des Aktionsbündnis Saubere Luft Region Karlsruhe u.a. vom BUND.

Wir haben erneut Infomaterial und die Resolution der Karlsruher Kin-



derärztInnen verteilt und Unterschriften unter einen offenen Brief an den Vorstandsvorsitzenden der EnBW, Herrn Willis, gesammelt, den die Bürgerinitiative initiiert und verfasst hatte und die wir unterstützten.

Zwischen 15:00h und 17:00h konnten so etwa 50 Unterschriften gesammelt werden, hinzu kommen die Unterschriften, die die Bürgerinitiati-

ve gesammelt hat. Die Unterschriften haben dabei eher symbolischen Wert, denn die Einwendungsfristen waren bereits Ende November abgelaufen.

Die Bereitschaft der BürgerInnen zu unterschreiben gibt aber zu denken: Grundsätzlich stellt sich die Frage, was es noch mit einem bürgernahen Verständnis von Demokratie zu tun hat, wenn wichtige Einwendungsfristen in die Urlaubszeit gelegt werden und die Hürden z.B. für ein Bürgerbegehren - so es denn laut Gemeindeordnung überhaupt zulässig wäre - so hoch sind, dass dies kaum zu erfüllen ist. Darüber sollten wir weiter nachdenken und die Debatte darüber aufrecht erhalten.

Der offene Brief und die Resolution der Karlsruher Kinderärzte sind auf der Seite [www.aktion-saubere-luft.de](http://www.aktion-saubere-luft.de) des Aktionsbündnisses zu finden.

Es finden sicher auch 2008 weitere Aktionen statt. Wer sich informieren oder engagieren möchte, kann Kontakt zum AK-Klima unter der mail Adresse [Mitja.WEINERT@gmx.de](mailto:Mitja.WEINERT@gmx.de) aufnehmen.

Ulrike Maier



## Steigende Strompreise – günstiger Ökostrom?

### Experten diskutieren auf Einladung der Grünen

Zum 1.11.2007 haben die Stadtwerke Karlsruhe ihre Strompreise um rund 7% erhöht. Dadurch waren sogar viele Ökostromanbieter günstiger als der Stadtwerke-Tarif. Der Karlsruher Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen lud aus diesem Anlass Experten ein, die der Frage nachgingen: Sind die Strompreise ungerechtfertigt hoch? Was können wir gegen steigende Strompreise unternehmen?

ren Wettbewerbs plädierte er dafür, dass die Stromnetze, die derzeit noch den vier großen Stromkonzernen gehören, an einen unabhängigen Betreiber übergehen sollten.

Auch Christof Timpe, Koordinator des Bereichs Energie und Klimaschutz am Öko-Institut, sieht noch erhebliche Hemmnisse für einen funktionierenden Wettbewerb und verteidigt zugleich Maßnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energi-

„Die Strompreise sind nicht zu hoch“ meinte Dr. Thomas Unnerstall, Mitglied der Geschäftsleitung der Stadtwerke Karlsruhe. Er schilderte, dass einige Versorger in den letzten Jahren sogar Preise unter den eigenen Kosten für Strombezug, -transport und -steuern angeboten hatten, was unwirtschaftlich sei. Auf die Frage, ob die Bezugskosten – die im Wesentlichen durch die Strombörse bestimmt werden – ungerechtfertigt in die Höhe getrieben werden, verwies er auf einen Vergleich mit anderen Strombörsen in Europa und zeigte, dass Deutschland im Vergleich mit diesen im Mittelfeld liegt.

Dem positiven Fazit eines funktionierenden Strommarktes konnte sich Bernd Fenner, Niederlassungsleiter von Lichtblick in Mannheim, nicht ganz anschließen. Aus seiner Sicht stellen die hohen Netznutzungsentgelte, die alle Stromanbieter bezahlen müssen, eine erhebliche Kostenschraube dar. Im Sinne eines faire-

en. Als größten Fehler in der Energiepolitik der Schröder-Ära sieht er die Fusion von E.ON und Ruhrgas an, die es anderen Anbietern erheblich erschweren würde, wettbewerbsfähige und klimafreundlichere Gaskraftwerke zu bauen.

Andreas Ruthardt, Mitglied der Grünen Gemeinderatsfraktion in Karlsruhe, schilderte, welche Fragen sich die Stadt Karlsruhe als Stromverbraucher, aber auch Privathaushalte stellen müssen: was passiert mit den Gewinnen, die mein Stromversorger durch meinen Verbrauch erzielt? Fließen diese in die Taschen großer Konzerne oder werden damit Investitionen in neue Anlagen für erneuerbare Energien finanziert? Durch eine gewissenhafte Auswahl des richtigen Anbieters, so Ruthardt, können auch Verbraucher viel für mehr Wettbewerb und für eine nachhaltige Energieversorgung tun.

Anke Weidlich

## Energiesparlampen-Aktion

Die "CO2 Kampagne Projektwerkstatt - Gesellschaft für kreative Ökonomie mbH" aus Potsdam hat nach sorgfältigen Recherchen ein Energiesparlampen-Modell ausgewählt und bietet das jetzt im Zehnerpack zu einem sehr günstigen Preis an. Während andere dieselbe Energiesparlampe für 7,90 Euro anbieten, liefert sie die Projektwerkstatt für 2,60 Euro im 10er Pack (gesamt dann 26 Euro) zuzügl. 2,80 EUR Versandkosten.



Die Kennzeichen dieser Energiesparlampen:

- ◆ CO<sub>2</sub>-Reduzierung von über 2,3 Tonnen pro 10er Pack
- ◆ ca. 700 Euro Stromkostensparnis während der Lebensdauer gegenüber Glühbirnen
- ◆ hohe ökologische und soziale Standards bei der Fertigung
- ◆ hohe Leuchteffizienz (11 Watt Verbrauch, entspricht einer 60 Watt-Glühbirne)
- ◆ warmes Licht (statt Kaltlicht wie bei vielen „billigen“ Energiesparlampen)
- ◆ keine langen Leuchtröhren, sondern Außenabmessungen fast wie bei Glühbirnen

Die genauen Angaben stehen unter [www.co2kampagne.de/gexsi](http://www.co2kampagne.de/gexsi) und dort ist auch die Bestellung möglich.

Johannes Honné

## Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

### Neue Anträge und Anfragen

[28. 11. Heizpilze](#)

[28.11. Grünes Karlsruhe auch ohne BUGA](#)

[10.12. Vertagung des Satzungsbeschlusses zum VEP für das Rhein-hafendampfkraftwerk](#)

[11.12. Radfreundlicher Einkauf](#)

[18.12. Bonuskarte für Familien](#)

[18.12. Zukunft KMK und Neue Messe Karlsruhe](#)

[16.01. Erweiterte Berufsorientierung an Karlsruher Schulen](#)

[16.01. Orientierungspraktikum für weibliche Studienberechtigte im Bereich Ingenieurwesen](#)

[17.01. Jungenpolitische Leitlinien – Boys-Day](#)

[18.12. Soziale Transferleistungen und aufstockende Leistungen trotz Vollzeitbeschäftigung](#)

[18.12. Menschen ohne gesetzliche Krankenversicherung](#)

**Pressemitteilungen** gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen:

[26.11. CDU soll sich für realistische und zukunftssträchtige Wirtschaftspolitik öffnen](#)

[3.12. Gleichstellung im grünen Bereich? Grüne fordern Gender-Index für Karlsruhe](#)

[6.12. Weltklimatag: Grüne Fraktion auf dem Marktplatz](#)

Die Anträge (plus Ergebnisse, soweit sie vorliegen), Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter [www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion](http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion) zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

## Armut auch in Karlsruhe eine alltägliche Erscheinung

Grüne wollen eine gebündelte Initiative gegen Armut in der Stadt

Armut entwickelt eine neue Bedeutung auch in Karlsruhe und eine neue Dynamik für die Betroffenen. Deshalb beantragen die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat eine strukturierte Darstellung der grundlegenden Formen von Armut in ihrer Stadt. „Dem Gemeinderat soll damit eine Grundlage für gezielte, systematische Armutsbekämpfung in die Hand gegeben werden“, begründet Stadträtin Dr. Dorothea Polle-Holl, sozialpolitische Sprecherin der Grünen den Vorstoß ihrer Fraktion.

„Armut verfestigt sich und bedroht zunehmend größere und neue Gruppen unserer Gesellschaft. Die Altersarmut droht nach deutlichem Rückgang zukünftig wieder zuzunehmen. Für bestimmte wachsende Bevölkerungskreise wie Geringqualifizierte, Alleinerziehende, kinderreiche Familien oder ältere Arbeitssuchende wird Armut unentrinnbar, bis in die nächste Generation hinein. Einen besonderen Augenmerk verdient dabei die Personengruppe, die in verdeckter Armut lebt oder sich im Graubereich

direkt über der Armutsgrenze befindet, denn dort greifen auch keine Hilfenmaßnahmen.

Viele haben keine Chance den Teufelskreis der Armut wieder aus eigenen Kräften zu verlassen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit in Verbindung mit Hartz IV schaffen neue Armutsstrukturen und verbauen gerade bei betroffenen Familien den Kindern und Jugendlichen frühzeitig ihre Zukunft.

Karlsruhe stellt hier keine Insel dar, wir müssen jetzt gegensteuern“, so die GRÜNEN.

„Dem Gemeinderat soll eine strukturierte Darstellung zu den Themen Armutsbegriff, Sachstandsdaten zur gegenwärtigen Armutsbekämpfung, Armut in Familien, bei Kindern- und Jugendlichen, zur verdeckten Armut und zur Altersarmut in Karlsruhe in die Hand gegeben werden. Aus diesem Gesamtbild heraus können dann, so unsere Vorstellung, weitere Schritte beraten und beschlossen werden. Der Gemeinderat kann damit öffentlich kundtun, dass er die Armut in unserer Stadt sehr ernst

nimmt und offensiv dagegen anzugehen sucht.“

„Armut spielt heute auf vielen Bühnen des Alltags“, so Polle-Holl. „Bei Kinderarmut z. B. in Kindergärten, auf Spielplätzen, in den Schulen. Armut schließt aus. Das gilt für Erziehung, Bildung, kulturelle Teilhabe, ja Sport und musische Freizeitaktivitäten usw. Kinderarmut stellt im schlimmsten Fall die Weichen für ein ganzes Leben.“

Die GRÜNEN weisen auf den jüngst erhobenen Sachverhalt hin, dass Hartz IV nicht einmal für eine gesunde Ernährung von Jugendlichen ausreicht. Und darauf, dass im Jahr 2006 bundesweit etwa 1,8 Mio Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV oder Sozialgeld lebten. „Das sind rund 16 Prozent aller Kinder. Armut ist mitten in unserer Gesellschaft angekommen. Hier liegt unsere Aufgabe,“ so Polle-Holl zum Abschluss.

Der Antrag steht im Wortlaut unter [www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/Antraege/2007/1031at01.htm](http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/Antraege/2007/1031at01.htm)

## Was macht eigentlich die Regionalverbandsfraktion?

Aus dem „Parlament“ der Region, der Regionalverbandsversammlung, dringt meist nur wenig an die Öffentlichkeit. Aber auch hier mischen wir Grünen aktiv mit. Anbei ein kurzer Rückblick über unsere Arbeit im vergangenen Jahr.

2007 gab es zweimal einen Wechsel an der Fraktionsspitze. Im November wurde schließlich Manuel Hummel aus Rastatt zum neuen Fraktions-sprecher gewählt. Christine Geiger aus Weingarten steht nach wie vor als Stellvertreterin zur Verfügung.

Inhaltlich beschäftigten wir uns im letzten Jahr neben zahlreichen Einzeländerungen des Regionalplans bzw. von Flächennutzungsplänen u. a. mit dem Antrag Karlsruhes, die Trasse für eine zweite Rheinbrücke aus dem Regionalplan zu streichen. Dem wollte die CDU-dominierte Regionalverbandsversammlung erwartungsgemäß nicht folgen und stellte sich damit gegen das Votum der Mehrheit des Karlsruher Gemeinderates!

Auch die Windkraft war wieder Thema im Regionalverband. Während im bundesweiten Durchschnitt der Anteil der durch Windenergie erzeugten Strommenge etwa 7% beträgt, werden in Baden-Württemberg lediglich 0,45% erreicht. Landesweit bildet unser Regionalverband mit 0 Windkraftanlagen in Vorranggebieten sogar innerhalb Baden-Württembergs noch das unrühmliche Schlusslicht. Es hat sich also deutlich gezeigt, dass die restriktive Ausweisung von Vorranggebieten im Re-

gionalplan tatsächlich eine reine Verhinderungsplanung war. In einem Antrag haben wir Grünen gefordert, weitere Windkraft-Vorranggebiete auszuweisen – leider ohne Erfolg.

Ein regionales Klimaschutzkonzept war ebenfalls Thema eines Antrags der Grünen Fraktion. Darin soll sowohl der Weg zu einer CO<sub>2</sub>-sparenden Energieversorgung aufgezeigt als auch Anpassungsstrategien entwickelt werden, um den sich bereits heute abzeichnenden klimatischen Veränderungen in der Region Rechnung zu tragen. Das betrifft u. a. die Festlegungen für den Hochwasserschutz, Vorgaben für die Bauleitplanung (z.B. Freihaltung von Frischluftschneisen), aber auch Land- und Forstwirtschaft. Der Antrag wurde von der Verwaltung recht positiv aufgenommen. Ein erster Ergebnisbericht wurde uns für 2008 zugesagt.

Ein interessantes Projekt, das von einer Kooperation aus Universitäten, Ministerien und auch den Regionalverbänden getragen wird, ist das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben *Raum+*. Es hat zum Ziel, Innenentwicklungspotentiale von Gemeinden nach einem festgelegten Standard zu erfassen und Hemmnisse für die tatsächliche Nutzung dieser Flächen aufzuzeigen. Oft werden Neubaugebiete auf der grünen Wiese ausgewiesen, obwohl innerorts noch ausreichend Flächen zur Verfügung stehen. Dem Forschungsprojekt haben sich bereits fast alle Gemeinden in unserer Region angeschlossen. Nur die Stadt Karlsruhe weigert sich

bisher beharrlich, hier mitzumachen und versteckt sich hinter dem zahnlosen Tiger des Karlsruher Flächenmanagements. Über einen Antrag im Gemeinderat versuchen wir, noch eine Teilnahme zu erreichen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Regionalverbands ist die Erarbeitung des Landschaftsrahmenplans, in dem Entwicklungsziele der Region hinsichtlich Natur- und Landschaftsschutz festgelegt werden. Leider hinkt hier der Regionalverband dem eigenen Zeitplan weit hinterher. Wir Grünen drängen immer wieder darauf, dass die personell knapp ausgestattete Regionalverbandsverwaltung hier die Prioritäten bei ihren Kernaufgaben setzt, anstatt zu viele Ressourcen in Nebenschauplätzen wie der Mitarbeit in der Technologieregion zu vergeuden. Auch fordern wir ein verstärktes Engagement des Regionalverbands bei der Biotopverbundplanung.

Wir wollen euch noch zusammen mit dem Grünen Regionalbüro zu unserer gemeinsamen Veranstaltung **„Energiekonzepte jenseits von Atom und Kohle“** am Samstag, den 23.02.08 von 15 bis 19 Uhr im DGB-Haus einladen (weitere Informationen siehe Terminhinweise).

Wir hoffen, dort viele von euch zu treffen und stehen natürlich gerne für ein Gespräch über unsere Arbeit zur Verfügung. Weitere Hinweise findet ihr auf unserer Webseite unter [www.gruene-rvmo.de](http://www.gruene-rvmo.de).

*Bettina Lisbach*

## Prämierung radfreundlicher Geschäfte

Wer kennt das Problem nicht - als KundIn mancher Läden scheint man nur mit Auto willkommen: Da gibt es eigens vorgesehene Parkplätze vor der Tür, seit „Brötchentaste“ sogar in den B-Zentren kostenlos. Wer hingegen das Rad nutzt, kämpft mit Parkplatzproblemen der eigenen Art: Zwischen Hauswand und parkenden Fahrzeugen gilt es, einen sicheren Standplatz zu finden, der den Gehweg nicht versperrt. Kritisch wird es, wenn ein Radanhänger mit dabei ist: Dafür ist der Gehweg nun wirklich nicht geeignet. Auch wenn Fahrradparken grundsätzlich kostenlos ist und sich das Rad immer irgendwo unterbringen lässt: Willkommen füh-

len sich RadkundInnen nicht unbedingt.

Dieses Problem wollten wir nun aktiv angehen: Im Rahmen des 20-Punkte-Programms zur Förderung des Radverkehrs hatte der Gemeinderat auch die Verbesserung der Abstell-situation vor den Ladengeschäften beschlossen. Außer in den innerstädtischen Bereichen ist allerdings nicht viel geschehen, denn gerade der Handel in den Stadtteilen glaubt, keinen Parkplatz vor der Ladentüre entbehren zu können oder aber fürchtet ein Verstellen der Schaufenster (!).

Wir schlugen vor, fahrradfreundliche HändlerInnen auszuzeichnen, ihnen

Abstellanlagen zu ermöglichen und bei Installation, Wartung und Platzwahl von Radständern zur Seite zu stehen.

Die Stadtverwaltung griff den Vorschlag auf und möchte nun ab 2009 einen entsprechenden Wettbewerb ausloben. Sie sieht darin eine Möglichkeit, die teilweise massiven Bedenken mancher HändlerInnen gegen Radparkplätze vor der Ladentüre, auszuräumen. Auch der Gemeinderat folgte dem Vorschlag der Grünen einhellig. Lediglich die CDU warnte vor Zwang im Blick auf die Teilnahme an dem geplanten Wettbewerb. *Tim Wirth*



Gisela Splett

## Aus der Landtagsfraktion

# Erfolge einer „kleinen“ Landtagsabgeordneten - Giselas Rückblick auf 2007

Am 21.12. fand sich in der Ludwigsburger Kreiszeitung ein Artikel mit der Überschrift „Gisela Splett's langer Weg zur Ächtung der Kinderarbeit. Großer Erfolg für eine „kleine“ Grünen-Landtagsabgeordnete. Dass mit der „kleinen“ Abgeordneten ist dann auch noch näher erläutert und zwar so: „Sie hat keine herausragende Funktion in der Fraktion, ist aber keine unauffällige Hinterbänklerin, sondern eher auffällig fleißig, formuliert fast jede Woche Abgeordnetenbriefe, Anfragen, Anträge, was ihr oft ein mitleidiges Lächeln, aber kaum öffentliche Aufmerksamkeit einhandelt“. Tja, so ist es, das Leben einer umwelt- (und eben nicht klima-) politischen Sprecherin.

Der Artikel handelt ansonsten davon, dass es - über ein Jahr nach meinem ersten Vorstoß in Sachen „öffentliches Beschaffungswesen ohne **ausbeuterische Kinderarbeit**“ - gelungen ist, einen interfraktionellen Antrag zur „Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens“ auf den Weg zu bringen, der nun vom Wirtschaftsministerium mit folgender kurzen Antwort beschießen wurde: „Die Landesregierung beabsichtigt, den Intentionen des Antrags entsprechend Rechnung zu tragen und dem Landtag über das Ergebnis bis Ende 2008 zu berichten.“ Noch darf man gespannt sein, was genau dabei heraus kommen wird, aber immerhin hat sich das Ministerium bewegt, und das auch noch in die richtige Richtung.

Insgesamt ist ja das Jahresende eine gute Zeit, um über erreichte Erfolge nachzudenken. Nummer 1, der interfraktionelle Antrag gegen ausbeuterische Kinderarbeit, ist ja schon als „Erfolg“ identifiziert. Aber auch

ein paar andere kleine bis mittelgroße Erfolge lassen sich bei genauem Hinschauen finden - auch wenn kausale Zusammenhänge zwischen Grünen Initiativen und Entscheidungen der Landesregierung oft nicht zweifelsfrei festzustellen sind (und deshalb so mancher Erfolg ganz im Verborgenen bleibt).

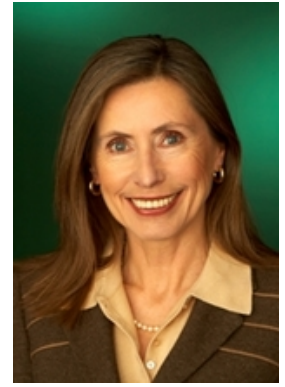
So ist das zum Beispiel bei meinen Vorstößen für eine bessere Ausstattung der **Naturschutzverwaltung**. Dazu gab es von Grüner Seite einen Haushaltsantrag, eine Anhörung im Landtag und eine Große Anfrage. Und tatsächlich wurden mit dem Nachtragshaushalt nun gut 20 Stellen zur Umsetzung von Natura 2000 geschaffen, d.h. bisherige ZeitvertragsnehmerInnen können nun in feste Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden. Inwieweit meine Hartnäckigkeit zu diesem Erfolg beigetragen hat, liegt im Bereich der Spekulation, aber Zusammenhänge sind nicht ganz von der Hand zu weisen und immerhin enger als die zwischen meiner Anfrage zum Energieverbrauch landeseigener Gebäude in Karlsruhe und der Einstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für die energetische Sanierung von Landesgebäuden im aktuellen Nachtragshaushalt.

Weiter geht's mit den **perfluorierten Tensiden**. Als ich das Problem des Eintrags dieser persistenten und toxischen Stoffe in die Umwelt im Herbst 2006 erst mit einem Antrag, dann mit einer Anfrage aufgegriffen habe, hielt das Umweltministerium größere Untersuchungsprogramme noch für unnötig. Im August diesen Jahres war das Thema dann so wichtig, dass das Umweltministerium eine Pressekonferenz zu „Perfluorierte Tensiden im Klärschlamm in Baden-Württemberg“ veranstaltete. Im Pressepapier hierzu heißt es: Das Messprogramm zeigt, dass PFT auf kommunalen Kläranlagen landesweit aufzufinden sind. ... Jetzt gilt es, ...

intelligente Lösungen des Problems gemeinsam mit allen Beteiligten (Hersteller, Anwender, Kläranlagenbetreiber) zu erarbeiten, um den PFT-Eintrag in die Umwelt effizient zu reduzieren.“

Auch indirekt erzielte Erfolge zählen: In der letzten Woche vor Weihnachten hat der Landtag einstimmig einen Entschließungsantrag von CDU und FDP zur Entwicklungszusammenarbeit angenommen. Besonders gefreut hat mich dabei, dass der Beschluss auch einen Punkt zu **Burundi** enthält, indem die Landesregierung ersucht wird, "die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Staat Burundi weiter auszubauen". Der/die geneigte Leser/-in stellt sich nun natürlich die Frage, warum ich einen CDU/FDP-Antrag in meine Erfolgsliste einreihe. Das hat zwei Gründe: Erstens bin ich davon überzeugt, dass die beiden Regierungsfractionen gar keinen Entschließungsantrag vorgelegt hätten, wenn ich nicht mit einem interfraktionellen Antragsentwurf auf sie zugegangen wäre (den wollten sie dann doch nicht mitunterschreiben, sondern lieber was Eigenes machen). Zweitens bemühe ich mich schon seit etlichen Monaten (Antrag im März 2007) um die Wiederbelebung der Zusammenarbeit mit dem ostafrikanischen Land Burundi. Allein hätte ich einen Beschlussantrag zur Zusammenarbeit mit Burundi aber nicht stellen können - das Risiko einer Abstimmungsniederlage wäre viel zu groß gewesen. Deshalb freut es mich nun, dass CDU und FDP sich inzwischen auch für das Thema erwärmen.

Noch unklar ist, ob der Landtag - wie von mir beantragt - ein **Umweltmanagementsystem** einführen wird. Die Landtagsverwaltung hat nicht gerade „Hurra“ geschrien und die



Renate Rastätter

letzte Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Auch bei der Verwendung von **Recyclingpapier** in der Landesverwaltung muss ich noch dickere Bretter bohren. Zwar kann ich mir die Aufnahme des Satzes „Im Übrigen ist auf einen breiten Einsatz von Recy-

clingpapier zu achten“ im neuen Umweltplan als Erfolg auf die Fahnen schreiben (wobei man einen Erfolg ja nie allein erzielt, sondern immer MitstreiterInnen hat ...). Aber so richtig eindeutig sind die Ausführungen nicht und es wird sich zeigen müssen, wie sich der Recyclingpaperan-

teil in den kommenden Jahren entwickelt.

Aber nun liegt ja auch ein neues Jahr vor uns mit viel Zeit für viele neue Initiativen, die dann hoffentlich auch den gewünschten Erfolg im Sinne Grüner Politik bringen.

Gisela Splett

## Nicht dümmer, aber die Dummen - Jungs als Bildungsverlierer

In den letzten Jahrzehnten hat sich die auf die Geschlechter bezogene Bildungsforschung vorwiegend mit den Mädchen befasst und ihre Benachteiligung im Bildungswesen betrachtet. Inzwischen haben die Mädchen die Jungs bei den Bildungsabschlüssen überholt.

Betrachtet man etwa die Verteilung bei den Bildungsabschlüssen erzielen die Mädchen in allen Schulformen bessere Leitungen und sie haben auch beim Abitur die Nase vorn.

Dass Jungen schlechtere Schulleistungen erbringen, zeigt auch die PISA – Untersuchung.

War der Bildungssystemverlierer früher mit den Stereotyp „katholische Arbeitermädchen aus dem Schwarzwald“ zu beschreiben ist heute der

„türkischstämmige Arbeiterjunge aus der Großstadt“ an diese Stelle getreten. Der bei PISA festgestellte große Einfluss der sozialen Herkunft auf den Schulerfolg schlägt bei Jungen aus sozial benachteiligten Schichten und mit Migrationshintergrund noch stärker als bei den Mädchen zu Buche.

Doch für uns Grüne steht fest: Bildungsverlierer können und dürfen wir uns nicht leisten.

Als ressourcenarmes Land bleibt uns aber keine andere Wahl als Bildung für alle so zugänglich wie nur irgend möglich zu machen.

Aus diesem Grund hat Renate Rastätter als bildungspolitische Sprecherin zwei Anträge zu diesem Thema im Landtag eingebracht.

Nicht dümmer, aber die Dummen - Die Förderung von Jungs in der Schule

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dokbin/146/146977.nicht\\_du\\_emmer\\_aber\\_die\\_dummen.pdf](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dokbin/146/146977.nicht_du_emmer_aber_die_dummen.pdf)

15.11.07 Antrag „Förderung der Jungen in der Schule – Gender Mainstreaming und Chancengleichheit im Bildungswesen konsequent umsetzen“

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14\\_1990\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1990_D.PDF)

15.11.07 Antrag „Jungen als Bildungsverlierer – Bestandsaufnahme und bisherige Maßnahmen an den Schulen in Baden-Württemberg“

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14\\_1989\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1989_D.PDF)

## Fraktionsklausur in Tübingen

Vom 08.01.08 bis 10.01.08 zogen sich die Mitglieder der Landtagsfraktion zu ihrer Winterklausur nach Tübingen zurück. Das Themenspektrum war sehr breit gefächert und reichte von der energetischen Sanierung der Hochschulen, über grüne Sozialpolitik in Baden-Württemberg, bis zur Frage wie sich Mobilität im 21. Jahrhundert gestalten lässt.

Die erste konkrete Entscheidung des Jahres: Die Fraktion entschloss sich, mehrheitlich der Parlamentsreform zuzustimmen, obwohl die Frage nach der Rahmensetzung für Funktionszulagen bisher nicht geklärt ist. Der rechtspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Thomas Oelmayer, hat angekündigt, die Frage über den Klageweg beim Verfassungsgericht klären zu lassen.



Boris Palmer, Oberbürgermeister Tübingen

Hinweis: Alle **Drucksachen und Pressemitteilungen** können auch im Büro von Gisela Splett angefordert werden. Telefon: 0711/ 2063-966

## Weitere Initiativen

15.01.08 Kleine Anfrage Studie zu **Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken** - Untersuchungsbedarf bezüglich des Forschungszentrums Karlsruhe

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2218.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2218.html)

14.01.08 Kleine Anfrage „Countdown 2010“ - Rettet die **Biodiversität**

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2211.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2211.html)

03.01.08 Kleine Anfrage zu drahtlosen Internet-Netzwerken (**WLAN**) in Schulen

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2195.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2195.html)

02.01.08 Antrag zu aus Baden-Württemberg „**verschwundenem**“ **Gewerbemüll**

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2194.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2194.html)

18.12.07 Kleine Anfrage zu **Landwirtschaftspflegeverbänden**

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14\\_2161\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2161_D.PDF)

11.12.07 Antrag „Dem Verlust an **Agrobiodiversität** entgegenwirken“

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2123.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2123.html)

11.12.07 Antrag (Wieder-) **Vernetzung von Wildtierlebensräumen**

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2122.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2122.html)

10.12.07 Kleine Anfrage zu **bejagte Rote-Liste-Arten**

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2107.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2107.html)

04.12.07 Antrag zum **Biosphärengebiet Schwäbische Alb**

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2074.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2074.html)

20.11.07 Antrag zu ökologischer **öffentlichen Beschaffung**

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2012.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2012.html)

## Pressemitteilungen

18.01.08 Grüne Landtagsabgeordnete Splett setzt sich für wirksamen Lärmschutz ein - **Lärmaktionsplanung** für alle lärmbelasteten Bereiche

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Laerm\\_18.01.08.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Laerm_18.01.08.pdf)

17.01.08 MdL Gisela Splett: Abschluss der ersten Stufe der **Lärmkartierung** war überfällig

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/216/216062.mdl\\_gisela\\_splett\\_abschluss\\_der\\_ersten\\_s.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/216/216062.mdl_gisela_splett_abschluss_der_ersten_s.htm)

17.01.08 MdL Renate Rastätter: „Endlich **neue Schulmodelle** zulassen“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/216/216043.mdl\\_renate\\_rastaetter\\_endlich\\_neue\\_schul.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/216/216043.mdl_renate_rastaetter_endlich_neue_schul.htm)

11.01.08 Renate Rastätter zur **Jugendkriminalität**: „Ausbau der Prävention durch Bildung und Erziehung“

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Jugend-kriminalitaet\\_-\\_Praevention\\_durch\\_Bildung.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Jugend-kriminalitaet_-_Praevention_durch_Bildung.pdf)

23.12.07 Gifteinsätze gegen **Maikäfer** haben im naturnahen Waldbau nichts zu suchen

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Maikaefer\\_Dez\\_07.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Maikaefer_Dez_07.pdf)

## Terminankündigung

Filmvorführung mit anschließender Diskussion

**Mit Mistgabel und Federboa - Farmer John**

am 09.03.2008 nachmittags (genaue Uhrzeit wird noch bekannt gegeben)

Schauburg, Marienstr. 16, 76137 Karlsruhe

mit Renate Rastätter, Gisela Splett und den Biolandbauern Petrik und Knöbl

Nähere Infos: [www.farmer-john-film.de](http://www.farmer-john-film.de)

17.12.07 **Naturparke** im Land leiden unter massiven Mittelkürzungen

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/214/214899.sinnvolle\\_arbeit\\_praktisch\\_unmoeglich.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/214/214899.sinnvolle_arbeit_praktisch_unmoeglich.htm)

07.12.07 **U-Strab** gefährdet positive Entwicklung der Innenstadt

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-U-Strab07.12.07.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-U-Strab07.12.07.pdf)

29.11.07 Grüne: Ablenkungsmanöver - Köhler mahnt **Chancengleichheit in Bildungssystem** an

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/208/208394.gruene\\_ablenkungsmanoever.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/208/208394.gruene_ablenkungsmanoever.htm)

28.11.07 Grüne: Eine **"Nachhaltigkeitsstrategie"** garantiert noch keine nachhaltige Politik

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/207/207966.landesregierung\\_der\\_lack\\_ist\\_ab.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/207/207966.landesregierung_der_lack_ist_ab.htm)

28.11.07 Renate Rastätter: **IGLU** zeigt Reformersfolg und Reformbedarf

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/208/208148.erfolgreiche\\_arbeit\\_der\\_grundschule\\_fort.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/208/208148.erfolgreiche_arbeit_der_grundschule_fort.htm)

13.11.07 Kein **Verkauf von Kunst** zur Sanierung des Hauses Baden

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Schloss\\_Salem.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Schloss_Salem.pdf)



## MdB Sylvia Kotting-Uhl

**Wahlkreisbüro Karlsruhe**, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
 Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690  
 E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de)

**Büro Berlin**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42  
 E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de)

17.1.2008 Kleine Anfrage von Sylvia Kotting-Uhl u.a:

## Ergebnisse der Studie zu Kinderkrebs

**... in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK Studie) und die Übertragbarkeit auf kerntechnische Anlagen in Karlsruhe, insbesondere die Wiederaufarbeitungsanlage (WAK)**

Anlass für die Anfrage war die vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Auftrag gegebene sog. Fall-Kontroll-Studie (KiKK-Studie - Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken), die erstmals unter Anwendung eines fundierten wissenschaftlich Studiendesigns nachweist, dass das Risiko für unter 5-jährige Kinder an Leukämie zu erkranken, mit zunehmender Nähe des Wohnorts zu einem Kernkraftwerksstandort zunimmt. Die vom Kinderkrebsregister durchgeführte epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie) hat die baden-württembergische Kernkraftstandorte Philippsburg, Neckarwestheim und Obrigheim betrachtet. Nicht mit einbezogen wurden die kerntechnischen Anlagen des Forschungszentrums Karlsruhe. Deshalb stellt sich gerade für die Umgebung des Forschungszentrums Karlsruhe die Frage, inwieweit hier Hinweise auf ein erhöhtes Erkrankungsrisiko vorliegen

und welche weitere Untersuchungen auf der Grundlage der KiKK-Studie als sinnvoll und notwendig erscheinen.

Link auf die Studie:

[www.bfs.de/de/bfs/druck/Uf-oplan/4334\\_KiKK.html](http://www.bfs.de/de/bfs/druck/Uf-oplan/4334_KiKK.html)

Link auf das Hintergrundpapier: [www.bfs.de/de/kerntechnik/papiere/Hintergrund\\_KiKK.pdf](http://www.bfs.de/de/kerntechnik/papiere/Hintergrund_KiKK.pdf)

Link auf die Bundestagsrede von Sylvia Kotting-Uhl anlässlich der aktuellen Stunde am 13.12.2007

[www.kotting-uhl.de/btag/re-den/\\_071213\\_aktuelle\\_stunde\\_kinderkrebs\\_akws.pdf](http://www.kotting-uhl.de/btag/re-den/_071213_aktuelle_stunde_kinderkrebs_akws.pdf) (blau markiert)

Der Link auf die Anfrage lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Er wird unter [www.kotting-uhl.de](http://www.kotting-uhl.de) abrufbar sein.

## Abgeordnetenfahrten nach Berlin mit Sylvia Kotting-Uhl

Fahrt 1: **20.-23. April**

Zielgruppe/Themenschwerpunkt: **JournalistInnen**

Anmeldung und Rückfragen: Wahlkreisbüro Rhein Neckar, Inge Behner, Tel.: 06223 - 86 64 23 E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@wk2.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk2.bundestag.de)

Fahrt 2: **29.Juni.-2.Juli**

Zielgruppe/Themenschwerpunkt: **Frauen/Frauenpolitik**

Anmeldung und Rückfragen: Wahlkreisbüro Karlsruhe, Ulrike Maier, Tel.. 0721 - 15 18 687 E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@wk-bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk-bundestag.de)

Fahrt 3: **3.-6. September**

Zielgruppe/Themenschwerpunkt:

**Alle Interessierten** aus den KV's/Reichstag, Ministerien, Museen und Gedenkstätten, pol. Stadtrundfahrt u.v.m.

Anmeldung und Rückfragen: Wahlkreisbüro Karlsruhe, Ulrike Maier, Tel.: 0721 - 15 18 687 E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@wk-bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk-bundestag.de)

Die Fahrten werden bis auf Eintritte in Museen komplett vom Bundespresseamt finanziert, inkl. Verpflegung und Hotelkosten.

Die Bahnfahrt Karlsruhe-Berlin-Karlsruhe wird ebenfalls vom BPA übernommen.

Ein Zustieg in Mannheim ist möglich. Die Anfahrt zu einem der Abfahrtsbahnhöfe muss selbst finanziert werden.

PRESSEMITTEILUNG vom 14.01.2008

## Kostenexplosion bei Karlsruher Atomanlage

### Die Bürger bezahlen die Abenteuer der Atomwirtschaft

*Anlässlich der jetzt bekannt gewordenen erneuten Kostenexplosion beim Abbau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) erklärte Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin:*

Die Kostenexplosion bei Abriss und Entsorgung der Karlsruher Wiederaufarbeitungsanlage zeigt: Die Atomwirtschaft kann nur deshalb über billigen Atomstrom schwadronieren, weil die Gesellschaft einen großen Teil der Kosten ihrer Abenteuer bezahlt.

Der Fall WAK steht damit exemplarisch für den verantwortungslosen Umgang der Atomlobby mit ihrem

Atommüll. Die Bürgerinnen und Bürger sollen fast eine Viertelmilliarde Euro zusätzlich aufbringen, um Abriss und halbwegs sichere Entsorgung einer einzigen Atomanlage zu finanzieren. Auf die gigantische Summe von 2,2 Milliarden Euro wird der Abbau der 1990 stillgelegten Forschungs-Wiederaufarbeitungsanlage im ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe inzwischen beziffert. 1991 hatte das damals CDU-geführte Bundesforschungsministerium die Kosten noch auf circa 900 Millionen Euro veranschlagt. Die Kostenbeteiligung der Betreiber wurde seinerzeit auf maximal 550 Millionen Euro be-

grenzt, die öffentliche Hand trägt die steigenden Kosten daher fast alleine. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen die Extraprofite der Atomwirtschaft.

Die CDU/FDP-Regierung hat diese unsäglichen Verträge vor 18 Jahren ausgehandelt. Das Geld, das so mit offenen Armen aus dem Fenster geworfen wird, fehlt heute bei der Förderung von erneuerbaren Energien und der Effizienztechnologien. Die Atomparteien CDU und FDP haben guten Grund, im Fall der WAK ihre Köpfe ganz tief in den Sand zu stecken. Ihren Atomlobbyismus sieht man trotzdem.

PRESSEMITTEILUNG vom 14.01.2008

## Mülltourismus aus Neapel verhindert notwendige Innovationen

*Anlässlich von Meldungen, dass weiterer Müll aus Italien zur Beseitigung nach Deutschland gebracht werden soll, erklärte Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin:*

Es hilft den Menschen im italienischen Neapel nicht wirklich, wenn ihr Müll vermehrt nach Deutschland exportiert wird. Wenn deutsche Überkapazitäten einfach mit italienischem Müll gefüllt werden, entsteht in Italien

kein Innovationsdruck, um endlich moderne Entsorgungsstrukturen aufzubauen. In Deutschland wird die fällige Stilllegung von technologisch veralteten Anlagen weiter hinausgezögert.

Der Mülltourismus mag für die Beteiligten ausgesprochen lukrativ sein, dem Ziel der Müllvermeidung wird so aber weder in Italien noch in Deutschland gedient. Müll gehört

nicht auf die Reise durch Europa, weder auf der Schiene noch auf der Strasse. Aus gutem Grund gilt allgemein in Europa der Grundsatz, dass Abfälle nach dem „Prinzip der Nähe“ beseitigt werden sollen: Aus den Augen aus dem Sinn ist selten eine Lösung. Wenn Deutschland wirklich helfen will, dann nicht mit dem Import von Müll, sondern mit dem Export von Technologie.

PRESSEMITTEILUNG vom 10.01.2008

## Keine Fakten in Gorleben schaffen

*Anlässlich eines Fachgesprächs zur Endlagerfrage in Hannover erklärten Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin, Rebecca Harms, stellvertretende Vorsitzende der EP-*

*Fraktion und Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag:*

Die Konsequenz aus dem Desaster im Endlager Asse II lautet, dass in

Gorleben keine Fakten geschaffen werden dürfen. Stattdessen müssen in Zukunft neue Wege bei der Endlagerung in Deutschland beschritten werden. Asse II sollte der Prototyp für die Endlagerung von Atommüll im

Gorleben-Salz sein, doch seit Jahren droht das Lager abzusaufen und ist vom Einsturz bedroht. Die Folgen für die Umwelt und die Menschen, die in der Region leben, sind gravierend. Die Öffentlichkeit ist jahrzehntelang über die gefährliche Lage in der Asse getäuscht worden, warnende Stimmen aus der Fachwelt wurden ignoriert. Sicherheit hat für uns Grüne höchste Priorität bei der Endlagerung, gleichzeitig muss das Verfahren für die Standortsuche transparent gestaltet sein und die Öffentlich-

keit einbeziehen. Diese grundsätzlichen Voraussetzungen werden im Erkundungsbergwerk Gorleben nicht erfüllt. Wegen der Mängel des Deckgebirges ist die Eignung des Standortes Gorleben für hochradioaktiven Abfall nicht gegeben. Wir fordern, endlich mit einer ergebnisoffenen Endlagersuche im gesamten Bundesgebiet zu beginnen. Dabei ist ein Blick über die Grenzen hilfreich. Länder wie die Schweiz zeigen, wie man unter Beteiligung von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit eine

Endlagersuche in einem breiten Konsens durchführen kann. Beim heutigen Fachgespräch unter Leitung von Stefan Wenzel MdL, Rebecca Harms MdEP und Sylvia Kotting-Uhl MdB sollen Stand und Perspektiven zur Endlagerung von Atommüll in Deutschland beraten werden.

*Auf Nachfrage kann die Dokumentation des Fachgesprächs ab sofort im Wahlkreisbüro Karlsruhe bestellt werden:*

*sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de*

## PRESSEMITTEILUNG vom 10.01.2008

# Ressourcenverschwendung muss verteuert werden

*Anlässlich der aktuellen Debatte um Verbote von Plastiktüten erklärt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin:*

Auch wenn ein Verbot von Plastiktüten in vielen Ländern ein kurzfristig wirksamer und praktikabler Weg sein kann, um die Umwelt zu schonen und unnötigen Ressourcenverbrauch zu verhindern: Ein Verbot von Plas-

tiktüten allein ist für einen wirksamen Ressourcenschutz zu wenig. Viele andere Bereiche bleiben dabei unberücksichtigt. Wir brauchen stattdessen ein Instrument mit ökonomischer Lenkungswirkung, wie z.B. eine Ressourcenabgabe. Nur so wird grundsätzlich jede Verschwendung von Ressourcen verteuert und nachhaltige, Ressourcen sparende Alternativen wirksam gefördert. Gerade für

Plastiktüten gibt es mehr als genug Alternativen. Jute statt Plastik war ist nur eine von Ihnen. Wo Mehrweg nicht die Lösung ist, helfen heute Biokunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen.

*Link auf die grüne Wertstoffverordnung:*

[www.kotting-uhl.de/themen/abfall/07-10\\_hintergrundpapier\\_abfall.pdf](http://www.kotting-uhl.de/themen/abfall/07-10_hintergrundpapier_abfall.pdf)

## PRESSEMITTEILUNG vom 17.12.2007

# Grüne Abgeordnete erhebt Verfassungsklage

*Die Karlsruher Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen Sylvia Kotting-Uhl hat sich am 17.12. der Verfassungsklage gegen das von der Großen Koalition beschlossene Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung angeschlossen. Zu diesem Schritt erklärte Sylvia Kotting Uhl:*

Ich lehne die Vorschläge zur Vorratsdatenspeicherung kategorisch ab. Jede obligatorische Vorratsdatenspeicherung und ihre spätere Auswertung durch Sicherheitsbehörden

ist ein nicht hinnehmbarer Eingriff in das Grundrecht auf vertrauliche Kommunikation. Damit werden in Deutschland 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger zu Verdächtigen. Die Erstellung von Bewegungsprofilen wird möglich. Die Anhäufung von derartigen Datenbergen ist eines Rechtsstaates nicht würdig. Kosten und Ertrag dieser Maßnahme stehen in einem unverhältnismäßigen Missverhältnis.

Das Gesetz verstößt nach meiner Auffassung gleich gegen mehrere

Artikel des Grundgesetzes. Das Fernmeldegeheimnis wird damit genauso verletzt, wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Garantien der Meinungs- und der Informationsfreiheit. Ich bin überzeugt, dass das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung in die Schranken des Grundgesetzes zurück verweisen wird. Ich fordere die Bürgerinnen und Bürger Karlsruhes und der Region dazu auf, sich der Sammelklage gegen dieses unsägliche Gesetz anzuschließen.

PRESSEMITTEILUNG vom 30.11.2007

## Grüne Bundestagsfraktion beschließt neues Abfall- und Ressourcenkonzept

*Auf der Fraktionssitzung am 30.11.2007 wurde auf Initiative von Sylvia Kotting-Uhl ein neues Konzept für die mittelfristige Ablösung der Dualen Systeme durch eine neue Wertstoffverordnung beschlossen:*

Das Abfall und Ressourcenkonzept von Sylvia Kotting-Uhl geht davon aus, dass das „Duale System“ und der „Grüne Punkt“ den heutigen Anforderungen an eine ökologisch verantwortliche Abfallpolitik nicht ge-

recht werden. Mit dem neuen Konzept soll die Abfallwirtschaft in eine wirkliche Kreislaufwirtschaft überführt werden. Abfallpolitik muss Ressourcenpolitik werden. Die neue Wertstoffverordnung soll nicht nur Verpackungen sondern perspektivisch alle Produkte erfassen. Die Lizenzgebühren des Dualen Systems werden durch eine Ressourcenabgabe ersetzt, die verantwortlichen Umgang mit Ressourcen bereits bei der

Produktion belohnt und die Herstellung von Wegwerfwaren und ökologisch bedenklichen Produkten unattraktiv macht. Der Abfallbereich kann mit dem neuen Konzept zu einem Sektor der ökologischen Innovation werden.

*Link auf die grüne Wertstoffverordnung:*

[www.kotting-uhl.de/themen/abfall/07-10\\_hintergrundpapier\\_abfall.pdf](http://www.kotting-uhl.de/themen/abfall/07-10_hintergrundpapier_abfall.pdf)

PRESSEMITTEILUNG vom 30.11.2007

## Atomkraft ist tödlich, teuer und hat ihre Verheißungen nicht erfüllt

### Keine Gratulation: Laudatio auf eine Sackgasse, die 50 wird

*Anlässlich des 50jährigen „Jubiläums“ der kommerziellen Atomkraftnutzung erklären Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin und Hans-Josef Fell, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen:*

Die kommerzielle Produktion von Atomstrom hat am Sonntag, den 2. Dezember 50-jährigen Geburtstag. Vor genau einem halben Jahrhundert ging in Shippingport im US-Bundesstaat Pennsylvania weltweit zum ersten Mal ein Atomkraftwerk ans Netz, das nicht vor allem einer Bombe oder einem U-Boot-Antrieb, sondern der Produktion elektrischen Stroms dienen sollte.

Was vor 50 Jahren euphorisch als Befreiung der Menschheit von allen Energiesorgen gefeiert wurde, hat sich heute als eine der größten technologischen Sackgassen der Neuzeit erwiesen.

Energiepolitisch deckt Atomenergie lediglich 2,4 % des Weltenergiebedarfs. Sie ist damit bedeutungslos geblieben – und dies, obwohl 50 Jahre lang etwa 90% aller öffentlichen Energie-Forschungsmittel in die Atomenergie geflossen sind. Von den einst angekündigten 2000 Atomreaktoren sind gerade mal etwa 556

verwirklicht worden, 439 sind noch in Betrieb. Aus dem Blickwinkel der Atomgemeinde ist das ein energiepolitisches Desaster.

In der Euphorie der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde die den Atomkraftwerken innewohnende Gefahr völlig unterschätzt oder herunter gespielt: Auf das Konto dieser Techniklinie gehen zehntausende von Menschenleben. Nicht nur in Tschernobyl hat die Atomenergie ihre zerstörerische Potenz schmerzlich bewiesen, auch bei der partiellen Kernschmelze in Three Mile Island in Harrisburg/USA 1979 oder erst kürzlich beim Beinahe-GAU im schwedischen Forsmark blieb der Bevölkerung eine Mega-Katastrophe nur knapp erspart. Und für potenzielle Terrorattacken stellen AKWs höchstbedrohliche Anschlagziele dar.

Mit großer Energie arbeiten die Atomlobbys derzeit am Märchen von der Renaissance der Atomkraft. In Wirklichkeit sind sie auf dem absteigenden Ast. Der Beitrag dieser Technologie an der weltweiten Stromerzeugung sinkt seit Jahren. Am 1. November 2007 waren weltweit 439 Atomreaktoren am Netz – fünf weniger als noch 2002. In den jetzigen EU-Mitgliedsstaaten liefern derzeit

146 AKWs Strom, 33 weniger als 1989. Das Durchschnittsalter der weltweit abgeschalteten Reaktoren beträgt 22 Jahre.

Ein weiteres Märchen ist die angebliche Wirtschaftlichkeit der AKWs. Nur dank horrender Subventionen in der Entwicklung, und dank weitgehender Übernahme der Entsorgungskosten durch die Allgemeinheit sind die AKWs für die Energiekonzerne zu Geldmaschinen geworden. Niemand weiß, wo der Atom Müll über tausende von Jahren sicher verwahrt werden kann. Für die Abdichtung oder die eventuelle Evakuierung des gerade absaufenden Atom Mülllagers Asse 2 zahlt die Atomwirtschaft bisher keinen Cent. Müssten die Atommeiler ihre potentiellen Schäden wie jeder andere Wirtschaftsbetrieb versichern, wäre kein einziger am Netz.

Das Geburtstagskind aus Shippingport hat längst das Zeitliche gesegnet. Schon vor 25 Jahren wurde der Meiler abgeschaltet und inzwischen auch abgerissen. Jedes Ende solcher lebensfeindlichen Bauwerke ist ein Grund zur Freude. Die Ära, die mit Shippingport begründet wurde, ist leider noch nicht vorbei. Wir haben noch 439 Abschaltfeste zu organisieren. Wir arbeiten dran.

# GRÜNE KONTAKTE

Deutsche Post 

Entgelt bezahlt  
76133 Karlsruhe 11

## BUNDESTAGSABGEORDNETE:

**MdB Sylvia Kotting-Uhl** (siehe Bundestags-Seiten)

## LANDTAGSABGEORDNETE:

**Renate Rastätter**, Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA  
Tel. 4709343

Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

### **Dr. Gisela Splett,**

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6

Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiter: **Alexander Geiger**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

## REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

**Manuel Hummel** (Fraktionssprecher), Hindenburgstr. 1,  
76437 Rastatt, Tel. 07222/901870,

## BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

### **Gabi Schiller**

Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5, Fax: 29 15 6

Mo- Do 9 -13, Fr 9 -12 Uhr, [gruene@fraktion.karlsruhe.de](mailto:gruene@fraktion.karlsruhe.de)

## GEMEINDERATSMITGLIEDER:

**Klaus Stapf** (*Fraktionssprecher*) (Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt), Amthausstr. 22, 76227 KA  
Tel.: geschäftl. 40 94 -296, privat 40 32 35

**Bettina Lisbach** (*stellvertretende Fraktionssprecherin*) (Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

**Michael Borner** (Soziales, Wohnen)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

**Dr. Dorothea Polle-Holl** (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

**Andreas Ruthardt** (Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen) Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

**Ute Schulze-Harzer** (Kultur, Wirtschaft / Arbeit)

Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 40 213

**Anne Segor** (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)

Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 88 34 20

**Tim Wirth** (Bauen, Verkehr, Soziales)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

## ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

### **Winnie Kratzmeier-Fürst**

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

**Ralf Köster**, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

**Dietmar Maier** Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

**Dr. Heike Puzicha-Martz**, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

**Dr. Ulrich Wagner**, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

## ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

**Karl Berger**, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger**, Im Jäger 19, 76229, Tel. 55 41 24

**Alexandra Knöbl**, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

## ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,  
Anschriftenberichtigungskarte senden an:  
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

## GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

### **Ursula Häffner**

Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe

Tel. 20 31 23 2 · Fax 20 31 23 4

[buero.karlsruhe@gruene.de](mailto:buero.karlsruhe@gruene.de) [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)

Sprechzeiten Mo + Fr 9 - 12 Uhr und Mi 15 - 18 Uhr

## BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

**Uta van Hoff**s, [gruene@utavanhoffs.de](mailto:gruene@utavanhoffs.de)

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr. 12, 76227 Karlsruhe,  
Tel. 0170 - 1 61 84 35

**Istvan Pinter**, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

**Jörg Rupp**, Albert-Schweitzer-Str. 17, 76316 Malsch

[joergrupp@joergrupp.de](mailto:joergrupp@joergrupp.de)

**Christian Schmid-Schönbein**, Sophienstr. 165, 76185 KA,  
Tel. 8 40 88 64 72

**Anke Weidlich (Kassiererin)**, Südendstr. 30, 76137 KA,  
Tel. 1 74 73 30, mobil: 0176- 20 43 34 49

## Arbeitskreise:

**AK Frauen:** Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

**AK Klima:** Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,

[Mitja.Weinert@gmx.de](mailto:Mitja.Weinert@gmx.de)

**AK Lesben und Schwule:** Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

**AK Verkehr:** Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 856436

## Grüne Jugend:

[sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de](mailto:sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de)

**Anna-Kathrin Wesolowski**, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

**Lars Kirchberg**, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

## ORTSVEREIN Durlach:

**Martin Pötzsche**, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

**Dr. Hildegund Brandenburg**, Badenerstr. 21, Tel. 42 89 8

**Gerhard Stolz** (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## ORTSVEREIN Neureut:

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

## ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

**Matthias Voigt**, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361

**Uschi Blombach**, Seewiesenäckerw. 31, 76199, Tel. 8302281

**Eva-Elisabeth Herold**

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01

<b>Herausgeber</b>	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
<b>Redaktion</b>	Johannes Honné
<b>Druck</b>	Doris Schmitt, Karlsruhe
<b>Auflage</b>	260 Exemplare

Gedruckt auf *Umweltpapier*  
Titelbild by *Tanja Saini*